

Rüstung zwischen Krieg und Frieden

Zu Fritz Vilmar's „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus“

I

Mit der Überschrift „In den USA beginnt die Kriegskonjunktur“ berichtete am 3. September 1965 der Washingtoner Korrespondent der *Frankfurter Rundschau* im Wirtschaftsteil dieses Blattes: „... Die Wirtschaftsfachleute sind sich bereits darüber einig, daß der Vietnam-Krieg die hauptsächliche Ursache dafür sein dürfte, daß die Hochkonjunktur, die im Frühjahr des Jahres einige Schwächeanzeichen von sich gab, nunmehr mit Volldampf weitergeht und im kommenden Jahr eine neue Rekordhöhe erreichen wird... Das (bisher freilich nur leichte) Absinken der Arbeitslosenziffern in den USA hat ohne Zweifel mit der durch den Kriegsbedarf gesteigerten Konjunktur direkt zu tun.“

Hieß es in diesem Aufsatz noch, die neue amerikanische Kriegskonjunktur sei „erst in ihrem Anfang“, so vermittelte drei Monate später ein recht freimütiger Korrespondentenbericht der *Süddeutschen Zeitung* (2. Dezember 1965) einen Eindruck von dem Ausmaß, das sie inzwischen bereits erreicht hat: „Was die Rüstungsindustrie betrifft, so hat sie infolge des Vietnamkrieges bereits zusätzliche Aufträge in Höhe von 1,7 Milliarden Dollar erhalten und kann noch im laufenden Finanzjahr weitere Zusatzeinnahmen von rund drei Milliarden Dollar erwarten... Auch die amerikanische Wirtschaft insgesamt hat auf die Steigerung der Rüstungsausgaben bisher positiv reagiert. Die immer noch hohe Arbeitslosenzahl ist spürbar gesunken, während sich gleichzeitig die Preissteigerungen in engeren Grenzen halten als gegenwärtig in der Bundesrepublik... Die Interessengemeinschaft von Rüstungsindustrie und Militär erhält demnach Zuzug von den Volkswirtschaftlern.“

Im Handelsteil der *Neuen Zürcher Zeitung* schließlich konnte man am 5. Dezember 1965 in einem Überblick über „Die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten“ lesen:

„Andererseits geht aus der starken Zunahme der Rüstungsaufträge — auf längere Sicht gesehen — der starke Einfluß des Vietnamkrieges auf die Wirtschaftsentwicklung hervor. Im September allein hatten die Aufträge der Raumfahrtindustrie 3,3 Milliarden Dollar erreicht, nachdem sie sich im August bereits auf 2,8 Milliarden Dollar gestellt hatten. Auch wenn der Umfang im Oktober nach den endgültigen Berechnungen etwas geringer ausfallen sollte, so ist doch der große Anteil der Rüstungsprodukte am gesamten Volumen der Neuaufträge unverkennbar. Es läßt sich bereits voraussehen, daß im Laufe der nächsten Zeit der Anteil der Bestellungen von Rüstungsprodukten an der Gesamtwirtschaft weiter steigen wird.“ In einer ergänzenden Telegramm-Meldung aus New York wurde außerdem an gleicher Stelle berichtet, die amerikanische Wirtschaftsentwicklung sei im Monat Oktober noch günstiger verlaufen als erwartet. Dabei sei zu beachten, „daß die Aufträge des Verteidigungsdepartements, insbesondere für Flugzeuge und Raketen, entgegen der vorherigen Annahme recht umfangreich waren, wenn sie auch nicht ganz das ungewöhnliche Ausmaß des Monats September erreichten.“

Es klingt wie eine vulgär-marxistische Propagandaphrase — und ist, wie man sieht, doch bittere Wahrheit: Wie in Vietnam die Verluste auf beiden Seiten steigen, so steigen in den Vereinigten Staaten die Rüstungsprofite. Während Land und Leute in Südostasien immer fürchterlicher von der Kriegsfurie heimgesucht werden und ein Ende dieses Ausrottungskrieges nicht abzusehen ist, erfreut sich die krisenanfällige amerikanische Wirtschaft wieder einmal einer „Kriegskonjunktur“, die ihren Höhepunkt durchaus noch nicht erreicht hat und die den mächtigen „militärisch-industriellen Komplex“ — vor dessen wachsendem Einfluß auf die amerikanische Politik seinerzeit schon *Eisenhower* gewarnt hatte — zu einem baldigen Kompromißfrieden, oder auch nur Waffenstillstand, kaum besonders geneigt machen dürfte.

II

Erhellende Berichte, wie die hier zitierten, kann man im Wirtschaftsteil unserer Tagespresse regelmäßig, in deren politischen Spalten indes nur selten finden. Jener aber wird im allgemeinen nur von den wirtschaftlich unmittelbar Engagierten gelesen, von der Mehrheit der politisch Interessierten hingegen mehr oder weniger überschlagen — weil ihnen eine ausreichende Kenntnis der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zusammenhänge fehlt, ohne die sich der Stellenwert einzelner Nachrichten und Berichte, und vollends ihre politische Bedeutung, kaum richtig abschätzen läßt. So „ahnt“ denn wohl jedermann, daß es einen engen Zusammenhang zwischen Rüstung, Wirtschaft und Politik gibt, doch nur die wenigsten dürften eine zureichende Vorstellung von diesem Zusammenhang haben. Ohne eine solche bleibt aber auch ihre politische Urteilsfähigkeit beschränkt. (Literatur zu diesem Thema ist meist ausgesprochene Fach- und Detailliteratur, ihre Lektüre darum nur etwas für den kleinen Kreis von „Spezialisten“.)

Den Tatbestand, um den es hier geht, das Problem, um das es sich hier handelt, jenseits von Vermutungen und Gerüchten, Behauptungen und Beschwichtigungen zum Gegenstand einer ebenso umfassenden wie zusammenfassenden Darstellung gemacht zu haben, ist das Verdienst des politischen Publizisten *Fritz Vilmar*. Mit seinem Buch über „*Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus*“ hat er eine Materialsammlung und Problemerkhellung vorgelegt, wie man sie in der Bundesrepublik bisher leider vermissen mußte, eine Art allgemeinverständliches „Handbuch“ zu dem im Titel genannten Thema, das nun endlich eine gründliche Unterrichtung und ein fundiertes Urteil nicht über ein einzelnes Problem nur, sondern über einen ganzen Problemkomplex möglich macht¹⁾.

1) Fritz Vilmar: *Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus*. Materialien und Analysen. Mit einem Vorwort von Ossip K. Flechtheim. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1965. 320 S., Paperback 14,80 DM.

Rüstung und Abrüstung werden gerade hierzulande fast ausschließlich als militärpolitisches Problem betrachtet. Das Vilmarsche Buch macht deutlich, wie einseitig — freilich aus manchen Gründen bequem — diese Sicht ist. Es läßt mit der ökonomischen Bedeutung der Aufrüstung für den heutigen Kapitalismus zugleich deren *gesellschaftspolitische* Funktion erkennen. Zunächst vor allem ein Mittel direkter imperialistischer Machtpolitik, mit dem Nebeneffekt hoher Profite für einzelne Rüstungsinteressenten, ist sie in den letzten Jahrzehnten, vollends seit dem zweiten Weltkrieg, mehr und mehr auch zu einem Instrument „planmäßiger“ kapitalistischer Konjunktursteuerung geworden. Das gilt ganz besonders für das spätkapitalistische „Modell-Land“ USA mit seinen spezifischen ökonomischen Größenordnungen. Angesichts der weltpolitischen Sonderstellung der Vereinigten Staaten handelt es sich bei dieser strukturell bedingten rüstungswirtschaftlich-expansiven Tendenz des amerikanischen Kapitalismus um mehr als nur ein inneramerikanisches Problem — entscheidet doch die amerikanische Politik heute wie kaum eine andere über Krieg und Frieden in der Welt.

Ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das in dem von Vilmar — im I. Kapitel seines Buches — belegten Maße auf Rüstung als regelmäßige und sozusagen „natürliche“ Konjunkturstütze und Konjunkturspritze angewiesen ist, erweist sich schon damit als grundsätzlich problematisch. Es verdankt sein immer wieder gepriesenes „Funktionieren“ in erschreckend hohem Grade den jeweiligen Rüstungskonjunkturen — und es weicht mit solchen kurzfristigen Scheinlösungen der längst notwendig gewordenen wirklichen Lösung seiner strukturellen Probleme immer aufs neue aus. (Daß es sich bei der weit überwiegenden Mehrheit der Rüstungsaufwendungen um volkswirtschaftlich unproduktive Ausgaben handelt, ist leicht einzusehen.) In diesem Sinne kann man aufgrund des von Vilmar erschlossenen Materials zumindest hinsichtlich der USA von einer fatalen „Flucht in die Rüstung“ sprechen — mit schwerwiegenden weltpolitischen Folgen, von denen noch zu reden sein wird.

Besonders verdienstlich ist es, daß der Verfasser ein eigenes Kapitel (das II. seines Buches) der „Rüstungswirtschaft in der Bundesrepublik“ gewidmet hat — wird doch der Anteil der westdeutschen Industrie am gegenwärtigen Rüstungsboom, auf nationaler wie auf internationaler Ebene, im allgemeinen unterschätzt. Vilmar bleibt auch hier „hart am Material“. Und der Leser gewinnt den Eindruck: das westdeutsche Rüstungsgeschäft blüht zwar vielfach noch im verborgenen, aber es blüht längst wieder.. . (Ergänzend sei hier auf eine redaktionelle Glosse der *Frankfurter Allgemeinen* vom 21. August 1965 hingewiesen, in der die Bundesregierung vor dem Beitritt zu einem internationalen Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen sehr offenherzig auch mit dem bemerkenswerten Argument gewarnt wurde, sie müsse auch die „technologischen Perspektiven der deutschen Industrie“ mitberücksichtigen.)

Zwei etwas summarische Kapitel über Militärpolitik und Aufrüstungsideologien einerseits, die bisherigen Bemühungen um internationale Abrüstungsvereinbarungen andererseits leiten über zu den beiden Kapiteln, die der Rezensent als die wertvollsten des ganzen Buches, als dessen Mittel- und Höhepunkt bezeichnen möchte. In ihnen beschäftigt Vilmar sich mit den „theoretischen Möglichkeiten“ einer „Umstellung der Rüstungswirtschaft“ und mit den „gesellschaftlichen Widerständen“ gegen eine solche. Man erfährt, daß es in den USA durchaus nicht an konkreten, teilweise sogar auf Veranlassung der Regierung ausgearbeiteten Vorschlägen für einen „geordneten“ Übergang von expansiver Rüstungswirtschaft auf Friedensproduktion, „produktive Produktion“ also, fehlt. Gleichzeitig wird aber auch die Breite und Stärke des Widerstandes gegen die Verwirklichung derartiger Pläne erkennbar.

Es sind nicht einzelne Rüstungsgewinnler, die sich gegen einen Abbau der — rein militärisch zu einem erheblichen Teil völlig überflüssigen — heutigen rüstungswirtschaftlichen Überproduktion wehren, sondern ein ganzes System von individuellen und

Gruppeninteressen steht der Umstellung im Wege. Ein enormer Propagandaapparat steht im Dienste des „Kartells“ der Rüstungsinteressenten. Er organisiert „patriotische“ Kampagnen, mahnt unablässig zur „nationalen Wachsamkeit“, warnt vor einer „Unterschätzung des Gegners“ — und verdächtigt alle diejenigen, die eine nüchterne Prüfung der sicherheitspolitischen Notwendigkeiten befürworten. Die Rüstungswirtschaft bedarf des weltpolitischen Freund-Feind-Denkens mit seinem Integrations- und Mobilisierungseffekt. Nur so kann sie von der Tatsache ablenken, daß wirkliche Sicherheit nur mehr durch weltweite Abrüstung möglich ist und daß es durchaus wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen zu der von ihr produzierten und propagierten „Prosperität durch Aufrüstung“ gibt. Nicht, daß sie den Ost-West-Konflikt oder andere außenpolitische Konflikte selbst geschaffen hätte. Aber da sie letztlich von solchen Konflikten und ihrer Ideologisierung lebt, zeigt sie die Tendenz, sie zu verschärfen und zu verewigen.

So erweisen sich Rüstung und Abrüstung, weltpolitische Entspannung und Friede als in erster Linie *gesellschaftspolitische* Menschheitsprobleme. Es sei zur Verdeutlichung dessen abschließend dem Verfasser dieses im besten und notwendigsten Sinne aufklärenden Buches selbst das Wort gegeben, der vor einer Unterschätzung der gesellschaftspolitischen Aspekte eindringlich warnt:

„Aus der mangelnden Einsicht in diesen Zusammenhang ergibt sich immer wieder die Irrealität vieler wohlmeinender friedenspolitischer Bekundungen bürgerlicher (nicht zuletzt kirchlicher) Kreise, aber auch die grundsätzliche Problematik einer mit dem ‚Sozialkapitalismus‘ sich abfindenden Sozialdemokratie. Friedenspolitik im Westen verwirklichen zu wollen ohne Demokratisierung des stark rüstungsinteressierten kapitalistischen Wirtschaftssystems, ohne Entmachtung der entspannungsfeindlichen Machteliten und ihrer politischen Exponenten: das heißt dem Bären den Pelz waschen wollen, ohne ihn naß zu machen.“ (S. 265.)